

Hörder Volksblatt

verbunden mit der Hörder Zeitung
Hauptanzeigenblatt für Dortmund-Hörde
und für den Landkreis Hörde.
Freiwillige Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Bezugspreis wöchentlich 55 Pf. Dazu wird in der Herausgabe der Zeitung gebührenfrei, bei der Bestellung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: Heinrich Zimmermann, für kommunale Sitzungen und -Berichte: Otto Böding, für Totales und Provinzialles: Wilhelm Trede, sämtlich in Hörde.

Nr. 280 (1. Blatt).

Mittwoch, den 28. November 1928.

72. Jahrgang.

Eine Zwischenlösung?

neuen Verhandlungen in Nordwest. — Heute Fortsetzung. — Vorläufig Arbeits-Wiederaufnahme zu den alten Bedingungen?

Die Einigungsverhandlungen der beiden Parteien beim Düsseldorfer Regierungspräsidenten Bergemann sind gestern gegen 8.30 Uhr abgebrochen worden und werden am nächsten Nachmittag um 3 Uhr fortgesetzt. Da beide Parteien sich im Stillstehen verpflichtet, konnte über den Stand der Verhandlungen nichts in Erfahrung gebracht werden. In dem vom Christlichen Metallarbeiterverband ernannten Mitgliederparlament berichtete der hiesige Zimmereisenmeister über die Lage der Mitglieder wurde u. a. zum Ausdruck gebracht, daß der Rechtsstreit auch dann geklärt werden könne, wenn die Verhandlungen unter den alten Bedingungen weiter würden. Eine Entschlüsselung wurde gefordert.

dem 15. und 20. Dezember frühestens vor dem Reichsarbeitsgericht zur Verhandlung kommen könne, trifft nicht zu. Bis jetzt ist beim Reichsarbeitsgericht ein Revisionsantrag über Haupt noch nicht eingegangen. Sobald ein Antrag eingeht, wird der Termin für allerfrüheste Zeit angesetzt werden.

50 Millionen Mehrbedarf im Nachtragsetat 1928.

Der Nachtragsetat für 1928, der in der nächsten Zeit vom Reichsrat beraten wird, sieht, wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, rund 50 Millionen Mark Mehrausgaben vor.

die nötig wurden infolge der Durchführung der Beamten-Beförderungsreform. Dem Mehrbedarf von 50.1 Millionen Mark stehen gegenüber Mehreinnahmen von 7.8 Millionen Mark, so daß die tatsächliche Mehrforderung demgemäß 42.3 Millionen Mark beträgt. Die Deckung des Mehrbedarfes erfolgt u. a. durch Einstellung der an die Deutsche Reichspost im Jahre 1927 zu viel gezahlten und von dieser im Jahre 1928 erstatteten Vorschüsse auf die Reichsaufschüsse und Reichsbeiträge zur Invalidenversicherung. Sodann sind 10 Millionen Mark eingeleistet durch Kürzung des Ausgabenantrages für Ueberweisungen aus der Kapitalverkehrssteuer. Der Nachtragsetat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit dem Betrag von 94 759 575 Mark.

Zur kommunalen Neugliederung im Westen. — Die Oberbürgermeister des Ruhrgebiets beim preußischen Innenminister.

Am Dienstag legten im Preussischen Innenministerium die Oberbürgermeister der sechs Großstädte Dortmund, Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Duisburg und Düsseldorf dem preussischen Innenminister ihre Ansichten darüber dar, wie das jetzt noch ländliche Gemeindegebiet im Ruhrbezirk unter Beachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge den Städten des Ruhrgebietes angegliedert werden könne.

die einzelnen Stadtverordnetenversammlungen aufgegeben hatten.

Nachdem in den sechs Großstädten die Stadtverordneten die von den einzelnen Verwaltungen vorgelegten Umgemeinderungspläne aufgegeben haben, waren die Oberbürgermeister dieser Städte zusammengetreten, um durch eine gemeinsame Willenserklärung und durch ein gemeinsames Programm die Absichten wirksam zu unterstützen, die dem Vorgehen der preussischen Staatsregierung zugrunde liegen. In sich enthält das Programm für die einzelnen Städte durchaus dasselbe, was

Minister Grzesinski verabschiedete sich durch Zwischenfragen noch einen Einblick in die Wünsche der Städte, erklärte jedoch ausdrücklich, daß diese Besprechung nur informativen Charakter habe, und daß er eine positive Stellungnahme zu den Informationen der Oberbürgermeister nicht nehmen könne. Es wurde im übrigen vereinbart, über den Inhalt der Besprechungen nichts zu veröffentlichen.

Wenn es dem Minister technisch möglich ist, wird er Anfangs Dezember in Begleitung des Unterstaatssekretärs, Ministerialdirektor Dr. von Venden, sowie einiger anderer höherer Beamten ins Ruhrgebiet reisen, um sich an Ort und Stelle noch einen persönlichen Eindruck über die bestmögliche Lösung der kommunalen Neugliederung im Westen zu verschaffen.

Der weibliche „Domela“.

„Prinzessin Margarethe“ vor Gericht. — Die Betrügereien in der Rolle einer Prinzessin. — Zwei Jahre Gefängnis.

In Erfurt begann unter sehr starker Beteiligung des Publikums der Prozeß gegen das Dienstmädchen Martha Barth, das beschuldigt wird, als „Prinzessin Margarethe von Preußen“ in 26 Fällen des Betrugs im Rückfall und der Urkundenfälschung Besondere von Erfurt und Jena Geldbeträge und Waren herausgelockt zu haben.

ist. Martha Barth hat sich den beiden Fräulein Gerold, den Inhabersinnen des Erfurter Puppenhauses, zwei älteren Damen gegenüber als die aufrechte Tochter der Schwester des Kaisers, der Prinzessin, späteren Königin von Griechenland, Sophie mit dem Prinzen von Asturien, ausgegeben. Sie hat im Verlauf einer sehr abenteuerlichen Schilderung ihrer weiteren Lebensgeschichte den Geschwistern Gerold erzählt, daß sie mit dem deutschen Kronprinzen, allerdings nur zur linken Hand, verheiratet gewesen sei. Bemerkenswert ist, daß die Mutter der Angeklagten in Erfurt anständig ist. Den Geschwistern Gerold gegenüber hat die Angeklagte deshalb u. a. auch erzählt, sie sei von ihrer wirklichen Mutter in aller Stille in Bad Berka zur Welt gebracht worden. Die Frau, die als ihre Mutter gelte, sei nur ihre Amme.

Die Angeklagte ist dem Gericht keine Fremde, da sie wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Diebstahls bereits wiederholt bestraft worden ist. Auch auf die Frage des Vorstrafen, ob sie sich schuldig bekenne, antwortet sie mit einem „Zum Teil“.

Martha Barth hat einen bewegten Lebensweg hinter sich. Zuerst betätigte sie sich als Kinderfräulein, später war sie mehrfach in obigen Häusern tätig. Die jetzt zur Verhandlung stehenden

Hauptfälle von Betrug sind die Schädigungen, die die Inhabersinnen eines Puppenhauses in Erfurt, Geschwister Gerold, erlitten haben. Diesen hat sie von ihrer Verwandtschaft mit den höchsten Fürsten erzählt, große Bestellungen gemacht, die aber nicht bezahlt worden sind. So hat die Angeklagte schwarzen Stoff für mehr als 100 Mark zu einem Trauerkleid beim Tode der Kaiserin bestellt, danach einen schwarzen Hut mit langem, schwarzem Schleier. Sie zeigte ein Bild der Kronprinzessin und wollte genau denselben Hut und langen Schleier haben, damit sie hinter der Kronprinzessin nicht zurückstehe.

Martha Barth ist eine uneheliche Tochter des Porzellanfabrikanten Herrmann von Treusch-Brandenstein. Sie hat u. a. beim Grafen Berg, beim Fürsten Lippe und beim Hofmeister von Wangenheim als Hofe gedient. Die Angeklagte, die 41 Jahre alt ist, aber erheblich jünger aussieht, ist die Mutter zweier unehelicher Kinder, von denen eins bereits 16 Jahre alt

Es wurden zunächst eine Anzahl kleinerer Fälle behandelt. Ein Erfurter Arzt, der von der Barth geschädigt worden sein soll, soll, wie die Angeklagte behauptet, von ihr viele Geschenke erhalten haben. Dieser Arzt sei früher Demokrat gewesen, habe aber, als er erfahren habe, daß sie in Verbindung mit Fürstenthäusern stehe, seine Gesinnung geändert und sei kaisertreu geworden.

Angeklagte: „Je mehr ich ableugnete, daß ich fürstlicher Herkunft sei, desto verrückter waren die Menschen!“

Dann wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. Die Puppenmacherin Fräulein Frieda Gerold bezeugte, sie habe der Barth u. a. eine Wäscheausstattung für über eine Million Papiermark geliefert.

Für den „aufsteigenden Kronprinzen“ allein habe die Barth 6000 Papiermark von der Gerold erhalten. Einmal sei der Kronprinz sogar nach Angabe der Barth in Erfurt über-

fallen worden und hätte 200 Mark gebraucht. Ein anderes Mal hätte man ihm 30 000 Mark zurückerstatten müssen. Die Zeugin bezeugte weiter, sie habe ihren Schmuck und andere Dinge nach dem Verhause getragen, bloß um der Barth Geld zu beschaffen. Sie habe auch Briefe geschrieben, die angeblich vom Kronprinzen stammen und mit dem Hofwort „Majestät“ unterschrieben waren. Nach einem Streit zwischen der Zeugin und dem Verteidiger, weil die Zeugin behauptet, sie habe mit der Mutter der Barth nie über die Barth gesprochen, trat eine einseitige Pause ein.

Auch die Nachmittagsverhandlung begann unter stürmischem Andrang. Die Puppenmacherin, Fräulein Gerold, wird nochmals über die angeblich vom Kronprinzen herrührenden Briefe vernommen, mit deren Hilfe erhebliche Beträge aus der Zeugin herausgepreßt wurden. Zwei weitere Zeuginen erklärten, die Angeklagte habe sich ihnen gegenüber als Großfürstin von Rußland oder als Gräfin Rittberg ausgegeben. Der Zeuge Eidam, Gast auf dem Auerhahn bei Jena, sagte aus, er habe Anfangs nicht geglaubt, daß die Barth eine Fürstin sei. Die Barth habe

in Krampfanfällen phantasiert, es kämen Rotgardisten. Einmal habe sie bei der Unterhaltung einen Anfall bekommen, sie habe geschrien, das Kind müsse in Sicherheit gebracht werden. Der Zeuge hielt die Anfälle für ernst, da sie sich des öfteren ereigneten. Der Zeuge Förster, Boigt aus Gießen, ist mit der Angeklagten in Reuthe bekannt geworden. Er hat sie mit nach Erfurt ins Kino genommen. Er sei als ihr Adjutant vorgestellt worden. Besonders seine Familie habe sich von der Angeklagten täuschen lassen, er selbst weniger.

Gutachten.
Nach Vernehmung einiger weiterer Zeugen wurde das Gutachten des Sachverständigen Dr. Rohde gehört. Er erklärte, daß von einem eigentlichen Schwachsinn bei der Angeklagten nicht die Rede sein könne. Die Anfälle der Angeklagten stammten schon aus der Pubertätszeit. Ihre Traumerregungen seien wahrscheinlich hysterischer Art. Ihre ethischen Begriffe seien mangelhaft entwickelt, sie sei psychopathisch mit hysterischem Charakter und habe Neigung zu phantastischen Taten. Paragraph 51 komme nicht in Frage. Berücksichtigt müsse aber werden, daß sie minderwertig und degenerativ sei.

Das Urteil.
Die Angeklagte wurde wegen Rückfallbetruges in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung in zwei Fällen, wegen Betruges in einem Fall und wegen Unterschlagung in einem Fall zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft, verurteilt. Nach sechsmonatiger Haft tritt Strafaussetzung von drei Jahren ein unter der Bedingung, daß sie sich gut führt und zeigt, daß sie arbeiten kann. Die Kosten des Verfahrens trägt teils die Angeklagte, teils die Staatsanwaltschaft.

Begründung.
In der Begründung des Urteils wird als belastend bezeichnet, daß die Angeklagte kalt und herzlos besonders im Falle Gerold vorgegangen sei. Sie habe dies einseitige Opfer bis aufs Blut ausgezogen und den Pfarrer Bergmann durch ihre Drohbriele und Karten beinahe um seine Stellung gebracht. Zu Gunsten der Angeklagten sprechen die ungewöhnliche Leichtgläubigkeit ihrer Opfer und die Inflationszeit, in der die Begriffe Recht und Unrecht verwischt gewesen seien.

Angestelltenkundgebung im Reichstage.

Unmittelbar nach Schluß der gestrigen Reichstags-Sitzung, als die meisten Abgeordneten noch im Sitzungssaale anwesend waren, wurde von der großen Publikumstribüne ein weißes Stoffplakat heruntergelassen, das in großen Buchstaben die Inschrift trug:

„Gibt uns das Recht auf Arbeit! Die Massen der stellenlosen Kaufmännischen Angestellten fordern von allen Volksvertretern die Durchführung des Artikels 163 der Reichsverfassung mit Hilfe des Gesetzes. Taten sind erforderlich!“

Nach wenigen Minuten wurde das Plakat von einem Reichstagsdiener entfernt.

Artikel 163 der Reichsverfassung besagt: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben.“

Unter jungen Hausfrauen.

Strohwickler.

Geheimlich.

Unterstützungs-Gelder und Bedürftigkeit.

Der „Blinde“.

Amt Aplerbeck.

Aplerbeck, 28. Nov. (Rektoratschule.) Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat sich damit einverstanden erklärt, daß auf die Dauer von weiteren 3 Jahren die Rektoratschule in Aplerbeck besuchenden Mädchen Gelegenheit geboten wird, an der Anstalt eine zum Übergang auf ein Lyzeum berechtigende Abschlußprüfung abzulegen. Die Prüfung ist von dem Oberstudiendirektor des Realgymnasiums in Herde zu leiten.

Aplerbeck, 28. Nov. (Abbruch und Betriebs-erweiterung.) Von den Sturmschäden an dem Einwohnerhaus des Fabrikanten Weisfeld im Solderfischweg hatten wir bereits in der vergangenen Woche berichtet. Der an und für sich schlechte bauliche Zustand des Hauses gestattete eine Reparatur nicht mehr. Aus diesem Grunde hat sich der Eigentümer zum Abbruch des Hauses entschlossen. Die durch den Abbruch des Hauses entstehende freie Fläche will Weisfeld zum Ausbau seines Fabrikbetriebes benutzen. Die zugehörigen Fabrikationsräume sind derart eng, daß eine Erweiterung bereits seit langer Zeit eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Aplerbeck, 28. November. (Gewerkschaftshaus.) Mit der Inbetriebnahme der ehemaligen Wirtschaft Siepmann als Gewerkschaftshaus ist in den nächsten Tagen zu rechnen. Mit den umfangreichen Renovierungs- und Umbauarbeiten hat man bereits begonnen. Den Wirtschaftsbetrieb wird der hier nicht unbekannte Karl Kimpel übernehmen.

Verhofen, 28. Nov. (Zum Ausbau der Adolfsstraße.) Lieber den schlechten Zustand der Adolfsstraße ist an dieser Stelle schon mehrfach klage geführt worden, sodaß es sich erübrigt, erneut auf die überaus ungünstigen Verkehrsverhältnisse hinzuweisen, trotzdem nach den Aufschreibern für die Gas- und Wasserleitung die üblichen Folgeerscheinungen zu vermerken sind. Die zu Anfang d. J. in Gang gesetzten Verhandlungen mit den Anliegern und Interessenten dürften nunmehr zu Ende geführt werden können, da durch die Beschlußfassung über die Kanalisation das eine Hemmnis aus dem Wege geräumt ist. Da die Mittel für den Ausbau der Adolfsstraße seit langem schon durch die Gemeindeverwaltung bewilligt sind, ist zu hoffen, daß das Bauprojekt baldigt durchgeführt wird. Die Anwohner der Adolfsstraße und des östlichen Straßenteiles erwarten, daß in dieser Angelegenheit in aller Kürze etwas Durchgreifendes geschieht.

Verhofen, 28. Nov. (Zur örtlichen Gasversorgung.) Nachdem die Rohrverlegungsarbeiten für die örtliche Gasversorgung wegen Mangel an Rohmaterial mehrere Wochen gestoppt haben, hat man vor einigen Tagen die Verlegung der Benninghofstraße in Angriff genommen. Trotzdem an der genannten Straße nur 3 Familien für erst. Gasbezug in Frage kommen, ist diese Verlegung erforderlich, da an der unteren Benninghofstraße die Gasverteilungsanlage errichtet werden soll. Durch die Rohrverlegungsarbeiten ist der Benninghofweg völlig unpassierbar. Das Rohrnetz ist erst zur Hälfte fertiggestellt. Der vertragmäßige Zeitpunkt für die Gasbelieferung (Ende d. J.) wird daher nicht eingehalten werden können, da der Bau des Gasnetzes und die einzelnen Hausanschlüsse längere Zeit in Anspruch nehmen. Man rechnet mit der Fertigstellung der Gesamtanlage auf Juli nächsten Jahres.

Verhofen, 28. Nov. (Dreiste Diebe.) Am Samstag nachmittag paßten zwei junge Burchen die Gelegenheit ab, wo in dem Laden des Kaufmanns G. B. an der Lindenstraße niemand anwesend war. Sie einige Zigaretten laufend, hatten sie vorher die Lage auskundschaftet. In einem unbewachten Augenblick verschwanden sie unter Mitnahme einer Büchse mit etwa 10 Pfd. Kaffee und einem Glase mit Zunderwaren. Es handelt sich um zwei mittelgroße Burchen im Alter von 20 Jahren, wovon der eine einen blauen Anzug und eine blaue Mütze, der andere einen grauen Anzug und eine Schlägermütze trug.

Schüren, 28. Nov. (Mutterberatung.) Die dritte Stunde der Mutterberatung findet am Donnerstag, den 29. November, nachmittags um 2 Uhr, im Saale des Wirtes Beltecke, Dorfstraße, statt.

Schüren, 28. Nov. Die Unterchristenversammlung. Die feierliche Unterchristenversammlung, die teilweise Eingemeindung Schürens nach Dortmund in Szene gesetzt wurde, geht ihrem Ende zu. In den meisten Bezirken liegt bereits das Endresultat vor. Es ergibt sich eine glatte Einkünfte, alle Kulturkörper zu erhalten, selbständig zu bleiben oder ungeteilt eine Gemeinde zu werden. Inzwischen hat das Dortmunder Stadtparlament gesprochen und klar zu erkennen gegeben, daß eine Teilung nach seinen Wünschen nicht zu befürchten ist, daß seine Ziele weit mehr reiflich sind und wahrscheinlich Dingen und Eherbede an der künftigen Grenze nach Dortmund liegen werden.

Schüren, 28. Nov. (Miet auf die Kinder.) Zwei Frauen waren zum Weisfeldenweg gepilgert, um im Wirtshaus ihren Kaffee einzunehmen. Eine von ihnen hatte ihr etwa sechs- bis siebenköpfiges Töchterchen mitgenommen. Es war nicht zum erstenmal hier und kannte die Umgebung. Sie gewöhnlich machte es sich im Hofe zu schaukeln. Bald aber suchte es nach Neuem. Es fand das Wasser an der Ziegelfeile, an dem es schon oft Kinder gesehen hatte, die Nüsse fingen. Das Töchterchen stieg auf den Rehboden aus und litt ins Wasser. Ein Passant war trotz beginnender Dämmerung Augenzeuge. Nach angelegter Arbeit gelang es ihm, den kleinen zu retten. Wiederbelebungsversuche waren nach wenigen Minuten von Erfolg gekrönt. Im Eifer der Rettungsarbeiten hatten die Frauen des Kindes nicht mehr gedacht. Auf der Suche nach ihm kamen sie durch laute Stimmen auf die richtige Fährte. Glücklicherweise geriet das Kind wieder in die Hände der Eltern, die es sofort nach Hause brachten. Die Verletzungen des Kindes sind nicht gefährlich. Ein Arzt wurde gerufen.

Schüren, 28. Nov. (Kreis- oder Gemeindevorstand.) Bekanntlich hat sich unsere Gemeindevorstand in einer der letzten Sitzungen mit der

Uebergabe einer Reihe von Gemeindeforderungen an den Kreis beschäftigt. So sollen u. a. die Friedhof-, West-, Bahnhof-, Lichtendörfer-, Wellings-, Hoch-, Holzweider- und Paradiesstraße an den Landkreis übergeben werden. Der Grund dieser Maßnahme ist unseres Erachtens in dem vorbildlichen Wirken des Kreises auf dem Gebiete des Straßenbaues im hiesigen Landkreis zu suchen. Betrachtet man zum Beispiel die Holzweiderstraße, deren Zustand bis zur Holzweider Grenze in keiner Weise als vorbildlich zu bezeichnen ist. Bis zu der vorgenannten Grenze ist diese Straße Gemeindeforderung, von da ab bis zur Einmündung in die Nordstraße in Holzweide jedoch Kreisstraße. Während der Zustand der Straße in der Nachbargemeinde direkt als vorbildlich zu bezeichnen ist, läßt der hiesige Straßenzustand hinsichtlich seines Zustandes viel zu wünschen übrig. Diese und andere Gründe werden unsere Gemeindeverwaltung zu dieser Maßnahme Veranlassung gegeben haben. Jedenfalls ist es dem Kreis als dem größeren Gemeindeverband eher möglich, für den guten Zustand der Straßen zu sorgen, als unsere kleine Gemeindeverwaltung. Jedoch dürfte sich die Mehrbelastung des Kreisstaats andererseits auch wiederum in der Leistung der Beiträge zu dem Kreis widerspiegeln.

Schüren, 28. Nov. (Wagnat aus dem Auto gestohlen.) Doppelt Pech hatte der Kraftwagenführer D. N. aus Aplerbeck, der auf der Landfrontrstraße seinen Kraftwagen wegen einer Panne stehen lassen mußte. Während er zum Abheben seines Wagens einen Autoschlüssel mit einem Beinen heranzog, gab er den Wagnat einer in der Nähe wohnenden Familie in Verwahr. Später nahm er den Wagnat wieder an sich und ließ ihn eingewickelt in dem unbeaufsichtigten Wagen liegen, wo ihn ein Diebhaber entdeckte und an sich nahm. Der Wagnat gehörte der Type 4 an und hat einen Wert von 250 Mark.

Opherside, 28. Nov. (Keine Verlegung des Hauptlehrers.) Wir berichteten vor einigen Tagen über die Verlegung des Hauptlehrers D. N. von Opherside nach Benninghofen. Der Herr D. N. hat nun doch nicht nach Benninghofen. Er hat die ihm übertragene Stelle ausgetüchtelt und sich entschlossen, dem Schulvertrande Opherside und der ihm anvertrauten Schulkinder treu zu bleiben. — Die Hauptlehrerstelle an der evangelischen Schule in Opherside ist in eine 1. Lehrerstelle umgewandelt worden, die Herr D. N. künftig versehen wird. Herr D. N. hat dabei ein finanzielles Opfer zu bringen gehabt. Umso mehr ist es ihm anzurechnen, daß er bleibt. Der Schulverband ist damit der Sorge um seine Nachfolge entbunden und weiß die Belange seiner Schule weiterhin in guten Händen.

Dortmunder Rundschau.

(Finanzausgleich und Steuervereinfachung.) — 6. Vortragsabende in Dortmund. Die Westfälische Verwaltungsakademie, Abteilung Industrie- und Gewerbe, veranstaltet am Donnerstag, den 28. November, im Saale des Wirtes Beltecke, Dorfstraße, den 6. Vortragsabend der Reihe „Finanzausgleich und Steuervereinfachung“ im Wintersemester 1928/29. Es werden erste Kenner des Steuerrechts und der Steuerverwaltung an sechs Abenden sprechen. Der Vortragsreihe kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als das Steuervereinfachungsgesetz kürzlich vom Reichsrat angenommen ist und 3. J. dem Reichstag zur Entscheidung vorliegt. Das Gesetz wird für die Gestaltung der finanziellen Verhältnisse in Reich, Ländern und Gemeinden von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es finden folgende Vorträge statt: 1. Donnerstag, den 28. November: „Die bisherige Entwicklung des Finanzausgleichs und der Steuervereinfachung“. o. Prof. Dr. Bühler, Münster. — 2. Donnerstag, den 6. Dezember: „Der heutige Stand des kommunalen Steuerwesens im Ruhrgebiet“. Dr. Hoffmann, Syndikus der Handelskammer, Essen. — 3. Donnerstag, den 13. Dezember: „Reichssteuer und heutiger Finanzausgleich“. o. Prof. Dr. Bühler, Münster. — 4. Donnerstag, den 3. Januar: „Die künftige Gestalt des Finanzausgleichs und der Steuervereinfachung“. o. Prof. Dr. Bühler, Münster. — 5. Donnerstag, den 17. Januar: „Die Bedeutung des Finanzausgleichs und der Steuervereinfachung vom Standpunkt der Finanzverwaltung“. Oberregierungsrat Siegmund, Leiter des Finanzamtes Dortmund-Süd. — 6. Donnerstag, den 24. Januar: „Die Bedeutung der Probleme vom Standpunkt der Gemeinden“. Dr. rer. pol. Dassel, Dortmund. Die Gebühr beträgt für die gesamte Vortragsreihe 2,50 M., für den einzelnen Vortrag 50 P.

(Vereinsvertreterung der Jugendpflegevereine Groß-Dortmunds.) In der Aula des Bismarck-Realgymnasiums in Dortmund fand eine Vereinsvertreterung der Jugendpflegevereine Groß-Dortmunds statt, die von etwa 80 Vereinsvertretern besucht war. Stadtturnrat Franzenberg gab die neuesten Bestimmungen auf dem Gebiete der Jugendpflege bekannt. Dann wurde Mitteilung davon gemacht, daß sich der Magistrat grundsätzlich mit der Ueberlassung der Sitzungssäle in den Stadt. Verwaltungsgebäuden der eingemeindeten Gebiete zu Jugendpflegezwecken bereit erklärt hat. Weiter wurde bekannt gegeben, daß die Theaterdeputation die Abgabe von Schülerkarten an die Jugendlichen abgelehnt hat mit der Begründung, daß bereits mehrere geschlossene, verbilligte Theatervorstellungen für die Jugendpflege gegeben werden. Nachdem dann noch auf die nächsten Winterveranstaltungen der Stadt. Jugendpflege hingewiesen worden war, hielt der Journalist Bels seinen Vortrag über „Orientierung“. Der Vortrag war in seinem ersten Teil von Lichtbildern umrahmt. B., der durch seinen mehrjährigen Aufenthalt in der Türkei und durch Zählungnahme mit der dortigen Stadt- und Landbevölkerung als ausgezeichneter Orientierungsführer, verstand es meisterhaft, in seinem fast zweistündigen und humorvollen Vortrage, Land und Leute im Orient zu schildern. Welcher Beifall lohnte seine Ausführungen.

(Konzertvorstellung der Jugendpflege.) Für die der Stadt. Jugendpflege angehörenden Vereine stehen zu dem am Montag, den 3. De-

Der Weg des Unwetters.

Die Ueberflutungen in der Gegend von Termonde in Belgien infolge des Deichbruchs der Schelde haben sich weiter ausgedehnt. Grembergen und Moersseke sind vollständig überschwemmt. Die Stürme an der französischen Küste dauerten mit großer Heftigkeit an. Auch Süd- und Mittelitalien wurde von schwerem Sturmweir heimgesucht. Viele Schiffe sind verunglückt. In Barcelona wurde durch einen Wirbelsturm großer Schaden angerichtet. Von der Besatzung des untergegangenen deutschen Dampfers „Herrnswyl“ sind 14 Mann ertrunken.

Sturmschäden auf Helgoland.

Auf der Helgoländer Düne hat das Meer Geländestücke und bewachsene Flächen versetzt oder abgerissen. Der Dünenrand bietet das gleiche Bild, wie im Jahre 1926 nach der großen Sturmflut. Die Badeschuppen, die aus Spararmleistrümpfen stehen geblieben waren, wurden fortgeschwemmt oder vernichtet. Das Bollwerk nördlich vom Kurhaus wurde gänzlich aufgerissen und fast vollständig zerstört. Auf dem Halenagelände konnte der Sturm seinen Schaden anrichten, dagegen befindet sich

die ungeschützte Meerseite an der Biologischen Anstalt in großer Gefahr. Zu einer Meldung, daß ein Arbeitskommando, das auf der Düne Buschbeseitigungsarbeiten verrichtete, infolge des hohen Seeganges nach der Insel nicht habe zurückkehren können, ist zu bemerken, daß sich die Leute dort ständig aufhalten und nur gelegentlich am Wochenende ihre Familien auf der Insel besuchen. Die „Helgoländer Zeitung“ erinnert daran, daß die Mehrheit der Gemeindevertretung seinerzeit die freigebig abgetretene Hilfe des Staates abgelehnt habe und sagt, wenn die Helgoländer ihre Düne vor gänzlichem Verfall retten wollten, und wenn Preußen dann noch das bisher gezeigte Interesse haben sollte, so heiße es schnell handeln.

Bergwerksunfall durch Gefchoßgase.

Im Tiefbauschacht der Fürstensteiner Gruben in Oberschlesien wurden durch Gefchoßgase, die nicht schnell genug abgezogen waren, fünf Arbeiter und ein Bergschürer getötet. Der Unfall wurde sofort bemerkt, und den Rettungs-mannschaften gelang es, die Verunglückten wieder ins Leben zurückzurufen.

Keine Hochwassergefahr im oberen Teil des Rheins.

Koblenz, 28. Nov. Nach Mitteilung der Rhein-Strombauverwaltung läßt das Steigen der Wasserstände infolge des Geringerwerdens der Niederschläge und des Eintritts von Frost in den höheren Berglagen allmählich nach, womit die Hochwassergefahr am Ober- und Mittelrhein beseitigt ist. — Aus allen Orten längs der Rheins werden Ueberflutungen gemeldet. Zwischen Geldern und Goch stehen die Wiesen auf weite Strecken unter Wasser. Da die benachbarten holländischen Gewässer den angestauten Massen nur langsam Abfluß gewähren, nimmt die Hochwassergefahr an der Rheins mündung zu.

Die Ursache des Eisenbahnunglücks auf der Glan-Brücke.

Ludwigshafen, 28. Nov. Die Eisenbahndirektion Ludwigshafen teilt, hat die amtliche Untersuchung über die Ursache der Entgleisung des Personenzuges 874 auf der Glanbrücke bei Dornheim ergeben, daß die Gleisanlage der Brücke vollkommen einwandfrei war. Wie festgestellt wurde, wütete kurze Zeit vor dem Unfall im Glantal ein orkanartiger Sturm, der an der ersten vom Zuge befahrenen Brückenöffnung von dem neben dem Gleise laufenden Fußgängersteig ein drei Meter langes und ein Meter breites Bohlenstück von 88 Kilo Gewicht aufgehoben und über die Saumschwellen auf den nachfolgenden Schienenranz geworfen hatte. Die Lokomotive des unmittelbar darauf die Brücke befahrenden Zuges entgleiste beim Aufahren auf das Hindernis, lief noch bis zur 4. Brückenöffnung neben den Schienen her, durchbrach dann den Fußgängersteig und das Geländer und stürzte mit dem Tender auf das Ufer der Glan. Der nachfolgende Personenzug blieb mit einem Ende auf der Brücke hängen. Von dem Personenzug entgleiste der erste mit einer Achse. Der Lokomotivführer wurde unter der Lokomotive tot aufgefunden. Die Verletzungen des Heizers sollen nicht lebensgefährlich sein.

Um den Reichswirtschaftsrat.

Aus dem Reichstag. Im Reichstag begann die Beratung des Gesetzentwurfs über den Reichswirtschaftsrat. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius begründete kurz die Vorlage, die bereits dem vorigen Reichstag vorgelegen hat, wegen der Reichstagsauflösung aber nicht mehr erledigt wurde. — Die Vorlage geht an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss. — Das Haus überwies dann die Handwerksnovelle nach kurzer Begründung durch den Reichswirtschaftsminister an den Ausschuss. — Darauf verlagte sich das Haus auf Mittwoch.

Wirtschaft u. Handel.

Viehverkaufshalle Lehrte. Verkaufstag 27. November 1928. Auftrieb: 1665 Stück Ferkel und Käufer: 1665. — Es folgten im Großhandel: Ferkel (Durchschnittspreis): 6-8 Wochen alt 16 bis 24 M., 8-12 Wochen alt 25 bis 35 M.; Käufer: 3-4 Monate alt 36 bis 48 M., 4-6 Monate alt 49 bis 75 M. Marktverlauf: ziemlich mittelmäßig.

Wie wird das Wetter morgen?

Wetterbericht der Wetterwarte in Offen. Das Tiefdruckgebiet über Nordosteuropa verlagert sich weiter, zieht aber nur langsam ab, während sich von Westen her hoher Luftdruck ostwärts ausbreitet. In Deutschland war es heute früh meist trübe und vielfach regnerisch, sowie im allgemeinen etwas kälter. Die Morgen-temperaturen lagen zwischen 1 bis 8 Grad.

Betteransichten bis Freitag.

Beschleude Bewölkung mit noch vereinzelten Niederschlägen in Schauern und etwas kälter.

Schweizer Berge im Schnee.

Mit den heftigen Stürmen ist in Mittel- und Höhenlagen der Schweiz der Einzug des Winters endgültig Tatsache geworden. Die Neuschneeficht hat durchweg eine Höhe von 50 Zentimeter und darüber erreicht.

Morgen liegen Reste

aus! Welche Frau bleibt da zu Haus?

Alle wissen, welche riesigen Vorteile unsere Reste Verkäufe bieten.

J. BLANK

HÖRDE/W.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief gestern Abend 7¼ Uhr plötzlich und unerwartet infolge Schlaganfalles mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager, Onkel und Vetter

Anton Hönemann

im fast vollendeten 60. Lebensjahre, versehen mit den Heilmitteln der römisch-kath. Kirche.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Berghofen, Köln-Mülheim, Düsseldorf-Heerd, Mettinghausen, Herzebrock, den 27. Nov. 1928.

Die Beerdigung findet Freitag, den 30. Nov., nachmittags 3¼ Uhr, vom Sterbhaus, Selzerstr. 7, aus statt. — Das Seelenamt ist Samstag Morgen 7¼ Uhr in der Pfarrkirche in Berghofen.

Danksagung.

Bei dem Hinscheiden meines geliebten Gatten und treusorgenden Vaters sagen wir allen für die bewiesene Teilnahme, besonders aber der Frei. Feuerwehr, dem Witwen- und Invaliden-Verband und dem Herrn Pfarrer Lammert, unseren herzlichsten Dank.

9346

Ww. Heinrich Heppe und Kinder.

Wellinghofen, d. 27. Nov. 1928.

Weihnachten in Bethel!

Seit das Kind in der Krippe von Bethlehem lag, gehört die frohe Botschaft von der Liebe Gottes allen armen Leuten. Wo dieser Botschaft Herzen sich öffnen, da wandelt sich Trauer in Freude; da fährt ein Leuchten aus der Dunkelheit in alle Dunkelheit der Welt hinein.

Von Dunkelheit und Leid weiß die Bethel-Gemeinde genug zu sagen. Mehr als 5000 Epileptische, Gemütskranke und Arbeitslose werden zu Weihnachten an unsern Tischen sitzen. Viele haben niemand außer uns, der ihnen eine Freude machen kann. Diese Freude an irdischen Gaben soll für die Kranken und Kleinen Beweiser werden für die Botschaft von der ewigen Liebe.

Darum erinnere ich an unser „Weihnachts-haus“. Es ist die Wohnung aller Geheimnisse und die Nährstube aller Freuden. Dankbar nimmt es jede Gabe an. Besonders willkommen sind ihm Lebensmittel, Kleidungsstücke für Männer, Gesellschaftsspiele für Erwachsene, Spielzeug für Kinder, Bücher und Bilder. Seine Arbeit wird ihm sehr erleichtert, wenn die Gaben so früh wie irgend möglich abgesandt werden. Wer uns aber lieber das Einkaufende lassen will, kann mir auch durch das Postfachkonto Hannover 1904 eine Geldgabe schicken.

Mit herzlichsten, dankbaren Weihnachtsgrüßen

F. v. Bodelschwingh, P.

Bethel bei Bielefeld, im Advent 1928.

WIE NEU

wird Ihre alte Damenuhr umgearbeitet zur modernen Armbanduhr in meiner Reparatur-Werkstatt.

9342

G. Calmus

Urmacher und Goldarbeiter

Hörde, Heimanstr. 20.

Gebr. Wolff

Hörde.

Eier zum Backen	10 Stück 1.20
-----------------	---------------

In 1 Ltr. Dosen:

Bratheringe	89 Pf.
Rollmops	89 "
Kronsardinen	89 "
Geleeheringe	95 "
Bratrollmops	98 "
Salzgurken	1 Pfd. 33

Donnerstag früh:

Bratfisch	1 Pfd. 27
Schellfisch	1 Pfd. 30
Schellfisch mittel	1 Pfd. 33
Schellfisch großmittel	1 Pfd. 36
Goldbarich	1 K. 1 Pfd. 36
Schellfisch	1 Pfd. 43
2-4 pfundig	1 Pfd. 39
Kleinfleisch	1 Pfd. 39
in bekannter Güte.	
Seemuscheln	5 Pfd. 39
10 Pfd. 76	

Einige gebrauchte

Möbel

Herb, Küchenschrank, Kleiderstich, Nähm., Eimerstich, Küchenschrank, Sofa billig zu verkaufen.

Hörde, Hermannstr. 20 I.

Eier

Frische Anideier, in der Schale, Stück nur 11 Pf.

Eier u. Butter-Großhandel J. Jäger, Hermannstr. 28.

MODELLE

Kleider u. Mäntel aus den ersten Häusern und aus eigenen Werkstätten jetzt **billig** ganz aussergewöhnlich

ROSE & CO

DORTMUND, WESTENHELLWEG

Im Auftrage der Vollstreckungsbehörde werde ich Donnerstag, den 29. Nov. 1928, vormittags 10½ Uhr

eine Schreibmaschine

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Zusammenkunft Wirtschaft Winkelmann, Sölbe, Bekstr. 46.

Aplerbeck, den 27. November 1928.

Maack, Vollziehungsbeamter.

Land

zu pachten. Am liebsten mit Vorkaufrecht. 9351

Zu erfragen in der Agentur dies. Zeitung W. Dörper, Aplerbeck, Präsidentenstr. 46.

Suche 1-2 Morgen Familien-

Anzeigen (Geburts-, Verlobungs-, Hochzeits-, Traueranzeigen) teilt man Freunden und Bekannten am billigsten und zweckmässigsten in dieser Zeitung mit.

9352

Kräftiger Lehrling

mit guter Schulbildung zur Erlernung des Schlosser- u. Schweißerhandwerks für sofort gesucht.

Märkische Apparatebau-Anstalt Seche Admiral.

56m. Schieferhünd entlaufen. 7 Monate alt. Geg. Belohnung abgegeben 9349

Trinkhalle, Weihe Berghofen.

Möbl. Zimmer

an Herrn od. kinderl. Ehepaar f. sofort zu vermieten. Zu erfragen in der Gest. St. St. Hörde.

Möbl. Zimmer

zu vermieten. 9341

Zu erfragen in der Gest. St. St. Hörde.

Büro-Raum

leer oder möbl. gesucht. Off. unter 4430 Chiffre an die Gest. Hörde.

Größer wird der Kreis

Ihrer Kunden wenn Sie ständig Ihre Waren und Erzeugnisse im Anzeigenteil dieses Blattes bekanntgeben.

DER Hörfunk

MIT BEILAGE Bildfunk

AUS DEM INHALT:

ERSTE TECHNISCHE WISSENSCHAFT

I. Funktechnische Wochenschrift des Westens!

Vollständiges Europaprogramm Ausführliches Langenbergprogramm Illustrierte Artikel für den Rundfunkbesitzer und -Bastler Bilderschau und Unterhaltungslektüre.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt.

Monatlicher Bezugspreis 1.— Mark

Die Stundenpläne der Berufsschulen in Groß-Dortmund für das Winterhalbjahr 1928/29 liegen bis einschl. 28. Dez. 1928 zur Einsichtnahme wie folgt aus: Die Stundenpläne der gewerbli. Berufsschule für Knaben und Mädchen von Alt-Dortmund im Verwaltungsgebäude 14, Nikolaitraße 1, Zimmer 521. Die Stundenpläne der Berufsschulen der seit 1. April 1928 eingemeindeten Ortsteile in den aufhängigen Verwaltungen.

Dortmund, den 24. November 1928.

Der Magistrat.

Zweites Blatt

Der

Zur einen Herzschl...
 ... aus dem Leben...
 ... terliert Deutschland...
 ... werden, und in allen...
 ... mit Trauer die...
 ... men. Die Teilnahme...
 ... auch bei der Beis...
 ... die in Weimar...
 ... trale, stattfinden wir...
 ... werden die Spitze...
 ... Föhrung des Ehef...
 ... tral Raeder, teilneh...
 ... ung wird voraussetz...
 ... ner vertreten werden

Admiral Scheer, de...
 ... seinen 65. Gebir...
 ... am 30. Septembe...
 ... 1879 als Kadett in...
 ... er Deutnant zur Se...
 ... Zentralabteilung des...
 ... tätig war, bis er 1...
 ... Chef der ersten Tor...
 ... 1907 bis 1909 war...
 ... schiffes „Elk“, 1...
 ... Stabs der Hochseefl...
 ... er zum Direktor de...
 ... eriments im Reichsm...
 ... 1913 zum Bize...
 ... schwaders. Nach de...
 ... übernahm er End...
 ... ehl über die gesam...
 ... Unter seiner Föhrun...
 ... Hochseestreitkräfte a...
 ... englischen Flotte in...
 ... gerat. Obwohl l...
 ... halt um das Doppel...
 ... diese zahlenmäßige...
 ... die Überlegenheit...
 ... hert wurde und ob...
 ... schunden die deutsc...
 ... h denfbar ungünsti...
 ... ng es der deutschen...
 ... denden Stolz m...
 ... hinein, ihn zum...
 ... die englische Flott...
 ... den deutschen Seest...
 ... Schlacht zu stellen...
 ... Mannschaften und...
 ... ein Mehrfaches de...
 ... en, so war dies be...
 ... Admirals Scheer.

Als englische Berli...
 ... Beobachtungen fest...
 ... der Queen-Eliz...
 ... 3 Schlachtkreuz...
 ... 4 Panzerkreuz...
 ... eine Kreuzer (9000...
 ... (15.000 Tonnen).
 ... von 169.200 T...
 ... Gesamtverlust von...
 ... steht. Die deutsch...
 ... Schlachtkreuzer „Bü...
 ... mäßig „Bommern“...
 ... den Kreuzer „E...
 ... und „Trauen...
 ... Zu berücksichtige...
 ... englischen Verluste...
 ... the waren, währen...
 ... „Bü...“, „Elbing“,...
 ... Torpedobootbesatzung...
 ... Im Juli 1918 w...
 ... nialstabs der Mar...
 ... Admirals von Holze...
 ... Scheer eine Zeitl...
 ... ist, daß seine G...
 ... Einbrechern ermord

Aus dem

appelvorlage über l...
 ... lichung

Das Reichstabinett...
 ... „ung“, beschlossen, in...
 ... nstichtungsgeleses...
 ... pelvorlage zu...
 ... Reichsrat der dritte...
 ... nstichtungsgeles...
 ... Zweidrittelmehrheit

Ausland

Wohnung französischer...
 ... in Elsh...

„Cenve“ glaubt im...
 ... stische Kabinetsra...
 ... daß in Elsh...
 ... der Präsektur...
 ... den Sprache mächt...
 ... diesem allgemein...
 ... st des Departem...
 ... und die Mehrzahl...
 ... des Departements...
 ... auf seinem Pol...
 ... chnung einer amer...
 ... antiseitisch

Die die Bromberger...
 ... hinterließ eine im...
 ... verstorbenen Bra...
 ... 1000 Dollar überf...
 ... Gemäldesammlung...
 ... stien armen alten...
 ... stien tollten. Das...
 ... 1922 nach Brom...
 ... tigte sich damals i...
 ... Frage und lehrte...
 ... Grunden, die An...
 ... armen alten...
 ... teile dieser Beha...
 ... stehen eines j...

An der Bahre des Admirals Scheer.

Aus dem Reiche

Auslandsnachrichten

Auslandsnachrichten

nehmung einer amerikanischen Erbschaft aus
antisemitischen Gründen.

Einsturzkatastrophen.

Die Schwerindustrie „unterrichtet“ das Ausland.

...tatsächlich in U.S. Bureau of Labor Statistics hat ver-
tut, um etwas darüber veröffentlicht, daß man
die Löhne in Deutschland niedriger als die Löhne
in England betrachte. Vor einigen Tagen ver-
öffentlichte die Iron Age (Amerikanische Zei-
schrift für den Eisenhandel) eine Erwiderung des
Bereinigten Stahlwerks und des Vereins Deut-
scher Eisen- und Stahlindustrieller, worin es
heißt, daß die Löhne in Deutschland im allge-
meinen höher als in England seien. Es heißt
darin laut Wiedergabe unseres amerikanischen
Gewerhamannes:

Die wirklichen Bezahlungen an Arbeiter (in Deutschland) sind höher, als die Tarifblätter andeuten, da betriebe alle Stahlarbeiter ein Bonus von 25 Prozent für leistungsvollen langen. Wenn man Lohndurchschnitte betrachtet, muß man das Einkommen der Schmied (erster Leute. D. Red.) einschließen. Die Löhne sind verhältnismäßig höher (in Deutschland) weil die Lebenskosten in Deutschland niedriger sind als in England und die meisten Arbeiter in Einfamilienhäusern wohnen, die die Unternehmer zu einer festen Miete von 25 bis 40 verschaffen. Die deutschen Arbeiter können auch Lebensmittel und weitere Lebensnotwendigkeiten in den Werksläden zu niedrigen Preisen einkaufen.

Die Vöhr der Obmannen sind weitest-
höher in Deutschland als in England. En-
September dieses Jahres waren sie 340 K H
Monat für einen Obmann am Hofes, 450
für einen Obmann im Themaswert, 410
für einen Obmann im Martinwert, 465 K H
einen Obmann im Stabeswert, 610 K H
einen Obmann im Blechwert, 385 K H
einen Obmann in der Sieber. Diese Vöhr
schließen den Byprozentigen Zuschlag ein.
versteuerte Obmann mit Kindern findet
nen Vöhr mit 30 bis 80 K pro Monat erho-

Aber das fleißig, möchte tatsächlich glauben, deutsche Sittenarbeitserschaft lebte geradezu im Schlaftraumland, wo sich die Schwerindustrie müht, ihren Arbeitern das Leben so angenehm wie möglich zu machen. Aber leider entspricht die Tatsache dem nicht. Der Schwerindustrielle ist auch in ihrer Information für den Auslands auf eine Selbstverleumdung mehr oder weniger nicht anzutunnen. Die Schwerindustrie hat zu ihrer Informationspolitik die ersten Männer herausacrifiziert. Aber daß die Zahl jedoch äußerst klein ist und für die Gesamtsituation der übrigen gar nicht ins Gewicht fällt, bedarf keiner Erwähnung. Das liegt es an der großen Zahl der Sittenarbeitserschaft, wenn paar ersten Männer auskömmliche Löhne haben sie selbst aber weit unter dem Durchschnitt aller übrigen Arbeiterkategorien des Antriebs arbeiten und weite Metallarbeiterkategorien 120—150 im Monat verdienen. Aber selbst in der Einstellung der Löhne dieser ersten Leute hat die Schwerindustrie außerordentlich übertrieben, da die ersten Leute möchten winnigen, solche Löhne bekommen, wie sie nach Amerika gemeinlich wurden.

Einsturzkatastrophen.

Die Katastrophen, die wir in den letzten Wochen erlebt haben, beleuchten scharf die internationale Krisis des Bau- und Wohnungswesens überhaupt, aus der die Gesetzgeber der meisten Staaten bisher keinen Ausweg zu finden wußten. Gewiß ist es heute schwer, einen Ausweg aus dem Labyrinth unbrauchbarer bürokratischer Bestimmungen zu finden, aber soviel kann man ohne weiteres sagen, ohne sich als Prophet zu blamieren, daß die Wohnungsnot bestimmt nicht beseitigt werden wird, solange das gegenwärtige System bürokratischer Bevormundung die freie Initiative der gesunden Wirtschaft hemmt und nur die Auswüchse einer ungesunden Spekulation zuläßt.

Parteien und Verbände.

gen betrun der Gesamtverdienst eines verbeir-
teten ersten Arbeiters mit 3 Kindern: 1. Sonder-
termann Thomaswerk 866,45 M = 98 Proz. von
1913; der Lohn für die folgenden Arbeiter-
gruppen senkt sich bis auf 63 Prozent dieses Ar-
böhnes. 1. Mann Blockstraße 358,85 = 78 Proz.
von 1913. Der Lohn nebt für die folgenden A-
beitergruppen auf 50 Proz. herunter.
Mann Hofes 310 M; 1. Mann Martine
341 M. Für den 1. Mann im Rohleienwerk
die Unternehmerratsitz 100 M mehr an, als
verdient, und auch der 1. Mann im Michael-
werk hat rund 100 M. weniger, als die Unt-
nehmer verdienen.

Nun sind das wie gesagt, die Einzelstau-
en der Schwerindustrie. Ein paar Wenige
gegenüber Hunderttausenden, deren Lohn we-
dalunter zurückbleibt. Demgegenüber liegen die
einstelligen Löhne der ersten Leute meistens
höher. Im Schwerindustriebezirk Birmingham
bewegen sie sich zwischen 180 bis 220 Mark
Woche und die der Ungelernten 80—120 M v
Woche.

Die ein verheirateter Arbeiter mit Kindern seinen Lohn um 30—40 M pro Monat erhöhen kann, wird wohl ewig ein Geheimnis der Schwerindustrie bleiben. Es sei denn, daß als Grundlage für die Sozialauslage die respectabel Summe von 16 Kindern angenommen wird, oder daß man den Gehaltszettel eines höheren Angestellten mit der Arbeiterlohntüte verwechseln

Ueberrascht und erschauet werden die Arbeiter von Nordwest sein, wenn sie erfahren, daß die meisten von ihnen in Einfamilienhäuser wohnen, die die Unternehmer zu einem billigen Preise veräußern. Die Ausnahme des Einfamilienhauses im Arbeiterbezirk ist schon in New York, das die meisten Metallarbeiter in 4-Familienhäusern wohnen. An Wohnungsbau hat die Großindustrie in den letzten Jahren fast die Selbsttätigkeit vermissen lassen, daran ändert auch ein paar Parabelkonjunktur nichts. Dabei laßt auch die meisten Werkswohnungen jede Annehmlichkeit, die ein amerikanischer Arbeiter fast selbstverständlich hält, vermissen. Und gar Werksskonsumantien! Es ist mehr als Einzelbedürfnis, wenn die Unternehmer annehmen, daß man bei niedrigen Preisen die Artikel der Lebensmittelindustrie kaufen könne. Aber solche Methoden der Anklärung durch die Schwerindustrie will man sich merken müssen.

Gewerkschaftsbund der Angestellten

Eine Versammlung der Industrie-Angestellten des Gewerkschaftsbundes der Angestellten mit anschließender Sitzung des Bezirksvorstandes im „Gewerbe-Verein“ Dortmund folgende Entscheidung:

„Mit beanspruchender und immer größer werdender Sorge sieht der W. D. A. auch die Folge der sich unablässig aus der Situation der Ruhefrage ergeben müssen. Nach dem Scheitern der Düsseldorfer Einigungsverhandlungen steht zu erwarten, daß die Parteien heute weiter auseinander finden.“

Wenn die Metallarbeiter-Gewerkschaften bereit erklärt haben, zu den bisherigen Bedingungen weiterzuarbeiten, bis die Rechtskraft des Schiedsspruches durch die höchste richterinstanz geklärt ist, so muß jeder Unbeteiligte den Willen zum Frieden der Arbeitnehmer erkennen. Die Ablehnung dieses Angebotes durch die Arbeitgeber beweist auf neue, daß sich nicht um einen Lohnkampf, sondern einen grundsätzlichen Vorstoß gegen die Mitwirkung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft handelt. Auch die Maßnahmen des Sanitätsbundes, der Interessen sonst durchaus nicht auf der gleichen Linie der Schwer-Industrie liegen und der zur Sammlung eines Streikfonds aufruft, laßt die Bedeutung des grundsätzlichen Kampfes erkennen.

Durch die erneute unnachgiebige Haltung der Industrie hat dieselbe in Mittelstandskreisen und in der gesamten Öffentlichkeit auch die

ten Sympathien verloren, die sich jetzt restlos der ausgesperrten Arbeiterchaft anwenden.

Alle Angelegenheiten deuten darauf hin, daß die Gewerkschaften moralisch und durch neuen Mitglieder-Zuwachs gestärkt aus diesem Kampf hervorgehen werden. Auch die Angestellten-Gewerkschaften haben aus Grund dieser Vorgänge Bedeutende Zugänge zu verzeichnen.

Diese erfreuliche Tatsache wird jedoch reichlich aufgehoben durch die unabsehbaren Schäden, die der gesamten Wirtschaft zugefügt werden, und für die der Staat durch seine Gerichtsbarkeit das Unternehmertum voll verantwortlich machen muß."

Der Märkische Arbeitgeberverband

theilt mit: Der Märktische Arbeiterverband hat den Schiedsspruch des Sachrichters in Dortmund abgelehnt mit folgender Begründung: Der für die märktische Eisenindustrie gefällte Schiedsspruch steht einer Erhöhung des Spitzenlohnes um 3 Pf. vor, was einer Tarifloohnerhöhung von rund 4 Prozent gleichkommt. Die Lohnerhöhung ist also recht erheblich. Die gegenwärtige Wirtschaftslage der Eisenindustrie ist schlecht, und insbesondere die märktische Eisenindustrie hat einem großen Teil auftraglos und dadurch schon zu erheblichen Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen gezwungen war. Eine am 1. April eintretende Lohnerhöhung liegt schon zu dekretieren, ist heute angesichts der sehr kritischen Lage der märktischen Eisenindustrie ungerecht und fertig und unangebracht, da niemand voraussagen kann, auch nicht die staatlichen Schlichtungsbehörden, ob die wirtschaftliche Lage sich nicht noch weiter verschlechtern wird, so daß die märktische Eisenindustrie am 1. April noch weniger als heute im Stande sein wird, diese Lohnerhöhung auf sich zu nehmen.

Die einseitige, nur Gewerlichkeitsinteressen dienende Gewohnheit der staatlichen Schlichtungsbehörden, in selten Vohnnerhöhungen das Hilfsmittel zu sehen, wofür sich in einem Urtel für die Volksgemeinschaft aus, wenn durch Vohnnerhöhungen nur Preiserhöhungen und durch Auftragsmangel und Betriebseinschränkungen die unausweichliche Folge sind."

Ein gewerkschaftlicher Erfolg.

Der Deutsche Werkmeister - Verband schreibt uns:

„Einen aragen Reinfall erlebte die Zeche „Aster Wellwea“ in Unna, beam. deren Direktor P., der im Jahre 1925 unseren Kollegen N. nebst einigen anderen Kollegen, ins Arbeitsverhältnis zurückverleierte, d. h., ihnen Arbeitslohn ausbezahlte, wo hingegen unser Kollege ihre bisherige verantwortungsvolle Tätigkeitsleistung gegenwärtlich weiterhin ausüben mußten. O handelt es sich also um einen glatten Tarifbruch, den die Zechenherren so lo oft verüben, da sie Gesetze meistens nur kennen, wenn sie dieselben für sich in Anspruch nehmen können. Unsere Kollegen haben aber, wie sie beweisen konnten, auf ihre Rechte aus dem Angehörigen-Tarifvertrag nicht verzichtet, sondern dieselben bei jeder Gelegenheit angewendet. Als nun unter Kollege N. eine andere Stellung gefunden hatte, folgte durch unsere Gewerkschaftsstelle Dortmund die Gehaltsdifferenz zwischen erhaltenem Arbeiterlohn und zusehendem Tariflohn ein, was für 25 Monate die Summe von M. 1130,75 ausmachte. Trotz verzweifelter Gegenwehr gab das Arbeitsgericht Hamm dem Allegeanten statt und verurteilte die Zeche zur Zahlung. Durch ihren Rechtsanwalt Dr. W. leute sie Berufung ein. Landesarbeitsgericht ein mit dem Erlaube, daß die Berufung trotz fulminanter Rede des Herrn Dr. zurückgewiesen wurde. — Das Gericht ist sich auch in zweiter Instanz den ruhigen und klaren Darlegungen unseres Kollegen H., daß der Kläger in beiden Prozessen verlor, ab. Wenn nun die Zeche den anderen Kollegen in Erfahrung nicht antun will, dann hat sie zu erwarten, daß sie, beam. ihr Direktor, noch mehr Gehaltsaufwand an Gerichtskosten zahlt, wie es bisher geschehen ist. An diesem Fall sieht man erneut, wie sich die Gewerkschaftsbeiträge rentieren, ohne Gewerkschaften gäbe es weder Tarifverträge noch Arbeitsgerichte, noch Mäßigkeiten, gegen die Zechengewaltigen kein Recht zu erheben.“

Deutschnationale gegen Lutherbund

Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags hat zu dem Vorschlag des Bundes zur Erneuerung des Reiches (Zuthund) folgende Entschließung gefaßt: **nn**

„Die vom Bund zur Erneuerung des Reiches im Oktober dieses Jahres der Öffentlichkeit in einem gedruckten Bude übergebenen Vorläufe für eine Reichsreform stellen den Versuch dar, eine loyale Erneuerung des Reiches ausschließlich durchzuführen auf Kosten Preussens. Die starke zentralistische Tendenz in seiner Weltanschauung auf die in allen erprobten bismarckischen Verfassungen drückte zum Ausdruck genommene traditionelle Verfassungsart der deutschen Stämme. Die Gesetzentwürfe des Bundes lassen auch die Erfahrung vollständig außer acht, die hinsichtlich der Erwidern der Verwaltung und ihrer Verteuerung am zentralen Existenz gemacht worden sind. Wenn die Stelle der preussischen Verwaltung und Volkvertretung in stärkerem Maße selbstständig machte Provinzialverwaltungen und Provinzialvertretungen eingesetzt würden, sowie zum Teil recht unerfreulich aus dem Rahmen der Selbstverwaltung heraustreten autoritativen Verbrechen gewisser Oberbeamter nachgegeben würde, so wäre — das ist u. a. das Beispiel der zentralistischen Verwaltung Berlins gezeigt — Verzichtnahme, Vertiefung und Steigerung des politischen und wirtschaftlichen überaus schädlichen parlamentarischen Systems mit seinem Verfall der unaufrichtigen Politik. Eine Verfassungsreform, wie von der deutschnationalen Volkspartei in der Entscheidung vom 7. Dezember als erforderlich bezeichnet ist, würde also durch die Vorzüge des Herrn Dr. Guther und seines Bundes ebenfalls erreicht werden. Die deutschnationale Forderung des Preussischen Landtages ist deshalb in Erfüllung der von der Partei beschlossenen, einer gesunden, natürlichen Verfassungsreform zutreffenden Umständen, Verhältnissen von Reich und Ländern, die Wünsche dieses Bundes nachschaffend als ausreichend, sondern weiter nicht ausreichend ab. Fortsetzung und Reichsreform werden deshalb erstens in der Öffentlichkeit Klarheit darüber zu schaffen, daß Guther und sein Bund auf diesem Wege und solchen Plänen nicht auf die Zustimmung der deutschnationalen Volkspartei und ihrer Aktion rechnen können.“

fic in tin dincin, beänflüßend

Für's Heim



Johannes Termolen.

(Nachdruck verboten.)

Kreuzworträtsel.

1. Westindische Insel, 3. Kaufobjekt, 5. Welt-
sprache, 6. Mittelalterliche Befestigung, 8. Schmutz
des Mannes, 10. Junges Hausier, 11. Röm-
nische Münze, 12. Stadt am Rhein, 13. Nahrungsmittel, 15. Bekannter Flieger, 17. Him-
melsrichtung, 19. Liebesgott, 21. Winter[portge-
tät, 23. Berg geist, 25. Grenzgebirge, 26. Urbegriff,
27. Verlorenraum, 28. Lebensnotwendigkeit.

1. Kriegshafen, 2. Männlicher Vorname 3. Friedtier, 4. Einteilungsbegriff, 6. Stadt in Bayern, 7. Handwerkskittel, 8. Holzhaus im Riesengebirge, 9. Singvogel, 10. Temperatur, 11. Papstname, 14. Asiatische Hauptstadt, 16. Vorname, 18. Weibl. Vorname, 20. Waschmittel, 22. Körpererfrischung. 24. Germanisches Getränk.

Obgleich die Sammelleidenschaft unter dem schönen Geschlecht im allgemeinen weniger ver-

An Eigenti unerschrocken in die Sammlung des Lord Randolph Churchill, die nur aus dem persönlichen Besitz zum Tode verurtheilter Verbrecher stammende Gegenstände umfasse. Einige Säbne Gefängniß betraucht der Besitzer dieser unheimlichen Kollektion als die wertvollsten Stücke. An Geismadoktheit kommt diesem vornehmen Sammler wohl nur noch ein Amerikaner aus dem Staate Nebraska gleich, der in Folge seiner politischen Stellung Zutritt zum Staatsgefängniß hat: er läßt sich von jedem Kapitalverbrecher, der in das Gefängniß eingeliefert und alsbald rasiert wird, die dabei abfallenden Hartopien geben, die er sauber mit Klappen und Toppeln versehen, in seiner ungewöhnlichen Sammlung vereinigt. Ein anderer Amerikaner besitzt eine vollständige Sammlung künstlicher Beine, die in ihrer Vollständigkeit die ganze Geschichte derselben vom primitiven Holzbein bis zur kunstvollen Prothese darstellt.

Von Hans Ernst Geheke.

So herrschte in Newyork jahrelang ein erbitterter Wetstreit zwischen drei der reichsten Männer der Stadt, Velasco, A. L. Erlanger und dem Zeitungskönig William Randolph Hearst, die alle eine Leidenschaft für Erinnerungsstücke an Napoleon I. besaßen. Velasco ist ferner bekannt als der Besitzer der schönsten Sammlung

Freifrau v. Ebner-Eschenbach.

Sie drängten Herrn Melner jun. immer näher an das dunkle, schmutzige Wasser. Ein rasches Schritt, mitten im Knäuel stand Hans Termolen. Die Leute erkannten ihn.

„Ich gehöre zu euch und deswegen werde
ihr jetzt loslassen. Wollt ihr euch ins Unglück
bringen? Stöhnisch, denken Sie denn gar nicht
an Ihre Frau?“

Hans Termolen dachte selbstamerweise in diesem Moment an das Pafet, das ihm Herr Reine jun. übergeben. Unflinn, Herr Reine stand der Angelegenheit genau so fern, wie es ihm unterhielt sich noch flüsternd, als die Thür geöffnet wurde. Die beiden Chefs und sechs andere Herren. Jeder Wintel wurde durchsucht. Kisten aufgerissen, Warenballen beiseite geschoben. Einer der Herren stand vor Termolen's Schrankthür.

„Wem gehört das hier? Aufschließen!“

Aus dem Reiche

Der Direktor der Internationalen Viga für einen stetigen Kalender in London und Sachverständiger des Völkerverbundes in Kalenderfragen, weilte einige Tage in Berlin, um mit den Regierungsstellen und den Zeitungen der interessierten größeren Verbände wegen einer Reform des bestehenden Kalenders mit dem Ziele einer Vereinfachung Aushandlung zu nehmen. Die genannte Viga erstrebt aus wirtschaftlichen Gründen die Einführung eines starren Kalenders, bei dem in allen Jahren die Sonntage und die Feste immer wieder auf den gleichen Tag fallen, ferner eine gleichmäßige Einteilung des Jahres, als der bisherige Kalender sie aufweist. Gortschowsky sucht zu dem gleichen Zwecke auch die Hauptstädte aller anderen größeren europäischen Staaten auf.

In den Räumen des Clubs der Landwirte in Berlin fand die Hauptversammlung des Reichsverbundes landwirtschaftlicher Pächter und Grundeigentümer statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, worin es heißt, daß die Pächterverbände ganz Deutschlands mit Bedauern sehen, daß der Staat immer größere Eingriffe in die Privatwirtschaft vornahme und die freie Vereinbarung im Wirtschaftsleben ausschaltete, ja sogar die durch die Reichsverfassung gewährleisteten Eigentumsrechte untergrabe. Es wird befürchtet, daß diese Tendenzen auch bei dem kommenden neuen Pachtrecht die Oberhand gewinnen, wodurch das in Deutschland bewährte Pachtwesen erschüttert werde.

Vor der Berufungskammer des Landgerichts III in Berlin stand eine Verhandlung gegen den Reichsmünster a. D. Dr. Külz wegen Beleidigung der Gräfin Maja von Gerßdorff an. Der Streit ist anlässlich der von der Stadt Dresden seinerzeit aufgenommenen Auslandsanleihe von fünf Millionen Dollar entstanden. Die Gräfin behauptete, daß sie von Dr. Külz als dem damaligen Oberbürgermeister der Stadt Dresden eine Vermittlungsprovision von 1½ % zugesagt erhalten habe. In einem Schreiben des Magistrats Dresden, unterzeichnet von Dr. Külz, an den Anwalt der Gräfin war behauptet worden, daß in diesen Ansprüchen der Gräfin eine Vorspiegelung falscher Thatlagen liege. Auf die Privattlage der Gräfin hatte das Amtsgericht Charlottenburg Dr. Külz zu 200 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung verurtheilt. In der Verhandlung machte der Vorsitzende die Parteien darauf aufmerksam, daß in dieser Sache noch der Zivilprozeß beim Reichsgericht schwebte und daß gegen die Gräfin bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Betruges anlässlich ihrer Provisionsansprüche sowie wegen falscher Anschuldigung und falscher eidesstattlicher Versicherungen, die sie in ihren verschiedenen Geldvermittlungsgeschäften gegeben habe, schwebte. Die Gräfin selbst habe gegen Dr. Külz ebenfalls Anzeige wegen Betruges, Meineides und Verleitung zum Meineide erstattet. Das Gericht sah sich genötigt, das Privattlageverfahren, da ein Vergleich ausgeschlossen schien, auszuheben, bis der Zivil- und Strafprozeß der Gräfin Gerßdorff entschieden sei.

Ein Leben auf geborgter Grundlage.

Wie man in London wissen will, ist eine Veröffentlichung der letzten deutschen Note zur Reparationsfrage nicht beabsichtigt. Um die deutsche Leistungsfähigkeit sollen nach deutscher Auffassung die kommenden Sachverständigenverhandlungen gehen, während die Alliierten dabei von ihren „Richtlinien“ ausgehen wollen, die im wesentlichen in einer Aufstellung ihrer Geldbedürfnisse bestehen. Man wird also von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus an die Verhandlungen herantreten. Das ist allem Anschein nach das Endergebnis des informativen Meinungsaustausches.

Deutschland wird unter diesen Umständen bei den kommenden Verhandlungen

einen schweren Stand haben, zumal da über die deutsche Leistungsfähigkeit im Auslande recht absonderliche Ansichten vertreten sind. Selbst bei Anerkennung der deutschen These würde es daher nicht leicht sein, unsere Verhandlungspartner davon zu überzeugen, daß die Dawes tribute weit über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehen, selbst wenn sie bisher auf dem Papier pünktlich bezahlt wurden. In einem Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Leopold dieser Tage in Neustadt (Haardt) gehalten hat, findet sich die interessante Feststellung, daß es bis zum 30. Juni ds. Juni ds. Js. der deutschen Wirtschaft möglich gewesen sei, etwa 5,3 Milliarden Goldmark anleihen im Auslande aufzunehmen. Daraus ergebe sich, daß gemessen an den bisher geleisteten Dawesannuitäten Deutschland

noch nicht einen Pfennig an Reparationszahlungen geleistet habe. Seit 1924 habe das deutsche Volk ein Leben auf geborgter Grundlage geführt. In Wirklichkeit sei der Danneberg noch nicht in Wirklichkeit getreten. Nicht zu vergessen sei dabei, daß sich die Zinsverpflichtungen an das Ausland in den letzten vier Jahren auf insgesamt 800 Millionen Goldmark angehoben hätten.

Es liegt auf der Hand, daß man mit dieser Methode auf die Dauer nicht weiter wirt-

Immer wieder hat man seit dem Frühjahr in Reich und in Preußen die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition hinausgezögert, obwohl sich eigentlich alle hinter den beiden Regierungen stehenden Parteien lange darüber einig sind, daß sie kommen muß. Nach der großen Frühjahrssrede des preussischen Ministerpräsidenten Braun war man allgemein der Ueberzeugung gewesen, daß man spätestens im Oktober zum Ziel gekommen sein werde; aber der Oktober ist verfloßen, ohne daß es zu mehr als einer sehr losen Aushandlung gekommen ist, und auch der November ist fast zu Ende, ohne daß man auch nur von ernstlichen Verhandlungen reden kann. Man ist jetzt in parlamentarischen Kreisen der Ueberzeugung, daß auch die nächsten zwei Wochen die Dinge

feinen Schritt vorwärtsbringen werden. Gewiß: ein klein wenig hat sich die Lage geflärt durch die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, geflärt im Sinne einer Bereitschaft zur Großen Koalition, aber auch in dem Sinne, daß die bestehenden Schwierigkeiten mit ganz großer Deutlichkeit ins Licht des politischen Tages gerückt

Nachschlüsse auf die gesamte deutsche Sozialversicherung.

Man schreibt der „Rheinisch-Westfäl. Zeitung“:

Einer der größten Träger der Sozialversicherung — die über 750 000 Mitglieder zählende Reichsknappschaft — hat seinen 100. Jahresbericht für 1927 veröffentlicht. Dieser Bericht ist außerordentlich interessant, weil er wertvolle Rückschlüsse auf die gesamte deutsche Sozialversicherung zuläßt.

Als im Sommer 1926 im Reichstag die letzte Knappschaftsnovelle zur Beratung stand, wurde die aus ihr für das ganze Reich sich ergebende Mehrbelastung von knappschaftlichen Sachverständigen auf rund 40 Mill. $\mathcal{M}$ geschätzt; demgegenüber veranschlagte das Reichsarbeitsministerium die Mehrbelastung nur auf rund 22 Mill. $\mathcal{M}$; die Gewerkschaften rechneten sogar mit Entparungen von 20–22 Mill. $\mathcal{M}$. Tatsächlich ist jedoch die seinerzeit für den gesamten deutschen Bergbau errechnete Mehrbelastung bereits für den Ruhrbergbau allein eingetreten. In der Arbeiter- und in der Angestelltenkrankenkasse der Reichsknappschaft konnten bei insgesamt rund 130 Mill. $\mathcal{M}$ Einnahmen nur rund 5 Mill. $\mathcal{M}$ der Rücklage zugeführt werden; dabei erheben diese Krankenkassen Beiträge, die bis 9 Prozent des Arbeitsverdienstes ausmachen gegenüber einem Durchschnittssatz von 6–7 Prozent bei den Krankenkassen. In der Arbeiterpensionskasse wurden von 1918 Mill. Mark Einnahmen nur 6 Prozent der Rücklage überwiesen; da in den letzten Monaten des Wirtschaftsjahres 1927 die Finanzwirtschaft noch ungünstiger wurde ist für 1928 vermutlich mit einem Verlust zu rechnen. Dieser Verlust ist bei der Angestelltenpensionskasse jedoch vorhanden; sie weist bei 35 Mill. Mark Ausgabe einen Verlust von rund 5,5 Mill. Mark auf; um diese Verlustwirtschaft zu beseitigen sind bereits Satzungsänderungen notwendig ge-

worden, die das Defizit jedoch nur ganz unwesentlich beeinflussen konnten; zur Herstellung eines Ausgleiches mußten entweder die Beiträge um rund 15 Prozent erhöht werden oder die Leistungen entsprechend abgebaut werden. Die tragsberechtigten erscheinen aber so gut wie ausgeschlossen; schon jetzt machen die Beiträge in der Arbeiter-Abteilung der ReichsKnappschaft einschl. Arbeitslosen- und Invalidenversicherung zwischen 26,5 und 31,5 Prozent des effektiven Arbeitsverdienstes aus; im Durchschnitt aller Mitglieder mußten im Jahre 1927 in der Arbeiterabteilung rund 490 Mark und in der Angestelltenabteilung rund 680 Mark abgeführt werden gegen nur rund 190—200 Mark im Jahre 1913. Gegenüber den von anderen sozialen Versicherungsanstalten erhobenen Beiträgen sind die der Knappschaft außerordentlich hoch. Im Eisenerzbergbau z. B. sind einschl. Arbeitgeberanteil 3,5-fach höhere Beiträge als für die Reichsangestelltenversicherung zu zahlen, während sich die Leistungen nur wie 1 zu 1,55 verhalten; die Beiträge der Halleischen Knappschaft machen das 3,5-fache derjenigen der Reichsangestelltenversicherung aus, trotzdem lediglich die Leistungen der Reichsangestelltenversicherung garantiert werden.

Die Gründe für die schwierige Lage der Reichsknappschafft sind theils noch auf die Inflation zurückzuführen, in der die Rücklagen größtentheils zusammengebrochen sind, für die jetzt aber auch Renten geschöpft werden müssen.

Vom Tage.

es gewinnt den Anschein, als ob die fommende Tagung des Völkerbundesrates in Wien, sondern an einem anderen Orte abgehalten soll. Bekannt werden in erster Linie London und Cannes. Die Tagung selbst ist, was den programmatischen Teil anlangt, allemal viel des Interessanten. Die polnische Konflikt sein, der, wenn man den polnischen Angaben glauben darf, diesmal zu einer hochwichtigen Affäre aufgeworfen werden wird. Wir sind in dem glücklichen Zeitalter, in dem das Völkervölkerrecht des Völkerbundes bis in alle Ewigkeit durchgearbeitet wird, wobei allerdings die praktische Wirksamkeit dieser Justizinstanz mehr denn je in Frage gestellt ist. Neben den berechtigten Beschwerden über Bergewalttätigkeit der Minderheiten in Polen einer der schändlichen Programme aller Sitzungen des Völkerbundes, wird man nicht ausstehen, da die beiden Konventionen sich im Dezember in dem sonnigen Paris zusammenfinden wollen, um diesen als einen Schritt aus der Welt zu schaffen.

Der ungarische Außenminister Ballo weist
Tage in Warschau, und schon kann die
offizielle Presse verkünden, daß der Ab-
schluß eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen
Ungarn unmittelbar bevorsteht.
Berliner politischen Kreisen sieht man
den Vertrag mehr, als ein Glied in der schier
unbegrenzten Kette der Schiedsgerichts-
und Gleichbegriffe, mit denen das heutige Eu-
ropagebüsch seine Sicherheit zu erhöhen trach-
tet. Die polnische Politik arbeitet seit langem auf
Erfüllung eines Blochs der Diktatorien,
in politischer Zweck für jeden Einsichtigen
weiteres klar sein dürfte, wenn man be-
denkt, wie starken Einfluß in Polen seit der
Erfüllung der polnischen Vollen die
polnische Politik bezieht. Denn Polen ist heute
vielleicht als eine Natur im Schachspiel Eu-
ropa, von dem man genau weiß, daß die Ein-
wirkung Russlands nach wie vor das Ge-
heimnis bildet. Als Pilsudski im Sommer
1918 nach zur Erholung in Rumänien weilte,
so man gleichfalls genau, daß dort hochpo-
litische Dinge verhandelt wurden. Die besondern
Dinge der ungarischen Politik bei der
neuen Wendung in Polen hin sind noch nicht
zu übersehen. Im Gegenlag zu einer Ver-
einbarung, in deren Mittelpunkt in Berlin
Apolloni gestanden hat, scheint sich aber
offizielle ungarische Politik gegenüber
Russland zu verhalten. Die Handelsver-
handlungen stehen unter keinem gün-
stigen Aspekt, wobei zweifellos auch der ein-
flußreiche italienische Einfluß eine er-
ste Rolle spielt. Sicher ist jedenfalls, daß
man augenblicklich keine politischen Geheiß-
befehle denjenigen Mächten zu machen sucht, die man
ausgesprochen deutschfeindlich be-
trachtet.

294 Deutsche Kriegsbeschädigte.

Die Zahl der aus Reichsmitteln unterstützten Kriegesbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen in einer am 21. Mai dieses Jahres durchgeführten Zahlung neu ermittelt worden. Das Ergebnis der Zahlung und ihrer finanziellen Wirkung wird jetzt dem Reichstag in einer Vorlesung des Arbeitsministers vorgelegt. Danach betrug die Zahl der Rentenberechtigten Ende des letzten vier Jahre wie folgt veränderungen: Oktober 1924 720 931, Oktober 26 736 857, 28 761 204. Bei den Zugängen handelt es sich um die Hauptzahl einmal um Beschädigte, bei den Abgängen um einen zuerst geringfügiges Leiden und später bis zu einer die Versorgung begründenden Krankheit verschlimmert hat, zum anderen um Abgefundene oder wegen Besserung ihres Gesundheitszustandes aus der Versorgung ausgeschlossene Personen, deren Erwerbsfähigkeit jetzt mindestens 20 v. H. sich gemindert hat. Den Hauptteil der Abgänger bilden die Abgefundenen stellen. Dies hat einen Grund darin, daß seit Februar 1925 eine Entlassung des Reichstages jetzt die Entlassung einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 v. H. unter gewissen Voraussetzungen, auch ohne daß eine Verschlimmerung des Leidens nachweisbar ist, wieder ermöglicht werden können. Die Gesamtzahl der Kriegesbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen betrug im Oktober 1924 1 597 125, im Oktober 1926 1 514 150 und im Mai 1928 1 761 204. Die Gesamtsumme der für die Versorgung der Kriegesbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen im Reichshaushalt 28 29 Millionen Mittel beträgt 1860 Millionen Mark. Der Reichshaushalt für die Versorgungs- und Unterhaltungsabteilung mit 1780 Millionen Reichsmark.

Berlin hat nicht genug Hotels."

offener Brief Heinrich Mendelssohn an Generaldirektor Lüpichius.

Die der unmittlerbaren Frage, ob für Berlin die entwickelnde Fremdenstadt die Notwendigkeit von Hotelneubauten besteht, nimmt jetzt der Unternehmer Heinrich Mendelssohn in seinem offenen Brief an Generaldirektor Lüpichius von der Hotelbetriebsgesellschaft ziemlich verärgert Stellung. Entgegen der vom Generaldirektor Lüpichius vertretenen Ansicht, Hotelneubauten sich nicht rentabel gestalten zu lassen, stellt sich Heinrich Mendelssohn auf den entgegengesetzten Standpunkt und nimmt besonders auf Bezug, daß Berlin anlässlich der Automobil-Ausstellung nicht in der Lage war, auch nur während die Zahl der Besucher menschenunwürdig zu verlagern. Berlin als werdende Weltstadt, die von der dringenden Notwendigkeit der Neubauten genau so überrannt werden, wie es bereits das Zeitraumes von drei Jahren durch den Automobilismus geschehen sei. Mendelssohn weist auf das Beispiel der großen neuen Hotels und Restaurants hin, deren Rentabilität zweifellos von den Taxileuten verneint worden ist, die doch jetzt sich sehr erfolgreich verhalten. Eine 100prozentige Befüllung von Hotels und ähnlichen Einrichtungen läge es überaus nicht fern, auch in Berlin zu erzielen.

(Zum Todestag am 28. November 1928.)

mission zur Untersuchung des Reichskabinetts hat die Sitzung.

Das Ergebnis ist, daß der hiesigen Beamtenliste wird, die die Durchführung nachprüfungsanforderungen des Minister Dr. Curtius an Hand von den, in denen

das jetzige Einkommen deren Lohnzahlbar ist auch von p... worden, das tatst... Im Reichstag wird er durch die Entsch... mission beseitigt werden der Konfliktstoffe in den letzten Tagen

Reichsregierung stehen Die „Germania“ schreibt sich vollkommen einig sein werden in vollen ... Aus dieser Zahl... genähe im Radi... deren Arbeits- und ... betreffen, und daß aus von rechtlich auch in d...